

Rainer Schmeltzer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Den Zwischenruf „Das bringt doch nichts!“ kann ich verstehen, weil Sie nicht für die Realitäten der Arbeitswelt in diesem Lande eintreten. Das haben Sie heute wieder gezeigt.

(Beifall von der SPD)

Herr Kern, so populistisch kenne ich Sie gar nicht. Den Antrag scheinen Sie gar nicht gelesen zu haben. Die Realität ist: Wenn man liest und nachvollzieht, um was es überhaupt geht, dann sind wir eigentlich nahe beieinander. Nur müssen Sie wohl 94 Tage vor dem Regierungswechsel eine andere Linie fahren. Das verstehe ich zwar, aber Sie werden mit Ihrem Populismus nicht weiterkommen.

Heute Morgen ging es im „Morgenmagazin“ von ARD und ZDF - im Hotelzimmer hat man die Möglichkeit, da beim Wachwerden kurz reinzuschauen - um Minijobs, Herr Minister. Es gab Anrufe von Zuschauern, die zum Beispiel gefragt haben: Warum bekomme ich keinen Urlaub? Warum bekomme ich als Minijobber keine Lohnfortzahlung? Stimmt es, dass ich

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

nicht arbeiten darf und keinen Lohn bekomme, wenn mein Arbeitgeber in den Urlaub fährt? - Das sind Fragen, die tausendfach am Tag gestellt werden. Die Menschen haben teilweise Angst, diese Rechte durchzusetzen, selbst wenn sie wissen, dass sie sie haben, weil sie glauben, als 400-€-Jobber Arbeitskräfte zweiter Klasse zu sein.

Ich will ihnen das Beispiel eines Mannes nennen, dessen Betrieb in Insolvenz gegangen ist und der dann zu mir gekommen ist. Er sagte: Ich bin nur 400-€-Jobber und brauche mich gar nicht anzustrengen, noch einen Euro zu bekommen; ich stehe noch nicht einmal auf der Lohnliste. - Die Menschen wissen nicht, dass sie die gleichen Rechte haben. Genau darum geht es. Wir müssen ihnen verdeutlichen, dass sie keine Arbeitnehmer zweiter Klasse sind, sondern dass sie mit ihrem 400-€-Job alle Rechte haben, die alle übrigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land auch haben. Dazu sollen Sie beitragen, Herr Minister, aber da verweigern Sie sich!

Ich komme zu dem, was hier im Hinblick auf die Arbeitslosenzahlen unterstellt wurde. Herr Kollege Kern, dazu hat Frau Steffens Ihnen einiges gesagt. Das kleine Einmaleins ist manchmal ganz wichtig. Zählen Sie einfach all die Kurzarbeiter, für die Olaf Scholz eine gute Kurzarbeiterregelung auf den Weg gebracht hat, dazu, dann kommen Sie annähernd auf die Arbeitslosenzahl von 2005.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Allgemeinverbindlichkeitserklärungen sagen. Herr Minister Laumann, eine Unwahrheit wird nicht wahrer, wenn Sie sie permanent in diesem Hause wiederholen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben nicht mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen erlassen als Ihre Vorgänger Harald Schartau und Ilse Brusis. Sie haben in der Masse der Branchen weniger erlassen. Nehmen wir doch das Beispiel des Hotel- und Gaststättengewerbes; das bietet sich bei dem Thema an. Sie propagieren überall, Sie hätten keine Allgemeinverbindlichkeitserklärung unter 7,50 € erlassen. Für das Hotel- und Gaststättengewerbe gelten aber 6,50 €. Wenn ich in der Schule richtig aufgepasst habe, ist das weniger als 7,50 €.

Oder nehmen wir doch einmal das Beispiel der Minijobber im Hotel- und Gaststättengewerbe.

(Minister Karl-Josef Laumann schüttelt mit dem Kopf.)

- Schütteln Sie nicht mit dem Kopf. Das trägt Ihre Unterschrift, und dazu haben Sie selbst eine Presseerklärung herausgegeben. Allerdings waren es damals noch 6,30 €; mittlerweile ist das angehoben worden.

Nehmen wir doch einmal das Hotel- und Gaststättengewerbe. Beschäftigung auf 400-€-Basis ist durchaus keine Seltenheit in diesem Gewerbe. Wenn wir das auf den Stundenlohn von 6,50 € umrechnen, kommen wir auf 14,3 Stunden in der Woche - wenn es denn regulär eins zu eins so umgesetzt werden würde. Aber, Herr Minister Laumann, es reicht nicht, in der Kneipe ein Bier zu trinken. Man muss auch sehen, wer es einem bringt und unter welchen Arbeitsverhältnissen. Die 14,3 Stunden sind unrealistisch. Die Menschen knechten für wesentlich weniger, als Sie uns glauben machen wollen.

Nehmen wir doch einmal die Höchststundenzahl. Im Übrigen ist im Antrag gar keine genannt. Abgesehen davon, dass Sie nur drei Forderungen erkannt haben, es aber vier sind,

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

unterstellen Sie uns eine Höchststundenzahl von 15, aber es ist gar keine genannt. Lesen bildet nicht nur, Lesen ist auch eine Grundvoraussetzung für das Debattieren, Herr Minister.

Nehmen wir einmal die 15 Stunden ...

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Herr Palmen, endlich dürfen Sie einmal offiziell dazwischen schreien. Herzlich willkommen in den Abgeordnetenreihen!

Nehmen wir einmal die 15 Stunden, die wir immer fordern. Wenn wir die 15 Stunden als Höchstgrenze, die meines Erachtens noch zu hoch ist, unterstellen, dann liegen wir bei einem Stundenlohn eines 400-€-Jobbers von 6,16 €. Wenn wir aber 20 Stunden als Höchstgrenze nehmen - ich erinnere mich noch an die Milchmädchenrechnung von Herrn Brakelmann in diesem Hause -, dann liegen wir bei einem Stundenlohn von 4,62 €. Das nennen Sie ein ordentliches Arbeitsmarktinstrument. Sie fördern das Lohndumping und den Niedriglohnbereich. Deswegen ist das, was Sie hier abliefern, schäbig, Herr Minister. Tun Sie endlich einmal etwas, und zeigen Sie nicht immer nur mit dem Finger auf andere. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

